

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 12

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Kein Friedenspreis

Auch dieses Jahr wird, wie schon 1966, kein Friedensnobelpreis vergeben. Dem Komitee, das aus fünf Abgeordneten des norwegischen Parlamentes besteht, schien keiner der 47 Kandidaten würdig genug, diesen grossen Preis zu empfangen. 1965 hatte man sich damit beholfen, eine Organisation auszuzeichnen, nämlich das Weltkinderhilfswerk der Uno (Unicef). Martin Luther King, der amerikanische Negerführer, war die letzte Persönlichkeit, die 1964 den Preis in Empfang nehmen durfte. Indem er die um die Gleichberechtigung ringenden amerikanischen Farbigen zur Gewaltlosigkeit aufrief, hatte er einen echten Beitrag zum Frieden leisten können.

Es ist für einen einzigen Menschen eine gewaltige Aufgabe, allein zur Verhinderung eines Krieges beizutragen oder zur Vermeidung von Gewalt und damit einen echten Friedensbeitrag zu leisten. Auch heute oder letztes Jahr fehlte es nicht an friedenswilligen Persönlichkeiten aus Politik, Kunst und Wissenschaft, es fehlte nicht an mahnenden Worten, an Demonstrationen; aber alle Bemühungen waren zum Scheitern verurteilt. Es sei nur an die Anstrengungen von Uno-Generalsekretär U Thant erinnert, der immer wieder versuchte, in Vietnam einen Waffenstillstand zu erreichen.

Der Entscheid des norwegischen Komitees ist richtig, eine fragwürdige Verleihung des Friedensnobelpreises würde diese Anerkennung abwerten. Nicht dass heute die Welt nicht Persönlichkeiten nötig hätte, die zum Frieden beitragen würden, doch die Verhältnisse sind nun eben nicht so. Die Welt bewegt sich am Rande des Abgrundes, das Stichwort Vietnam möge genügen. In Nigeria, ohne die Publizität Vietnams, werden in einem grausamen Stammesringen Zehntausende hingemordet. Der Nahostkonflikt kann jeden Tag wieder neu aufflammen, und in Südamerika rüsten sich Guerillas, um neue Vietnams zu schaffen.

Die Welt ist weit vom Frieden entfernt, und es ist für eine Persönlichkeit, und wäre sie noch so guten Willens, unmöglicher denn je, einen wirklichen grossen, entscheidenden Beitrag zum Frieden zu leisten. In Washington heisst es No und in Moskau Njet.

Auch ein Martin Luther King hat nicht verhindern können, dass in diesem Jahr blutigere Rassenzwischenfälle stattfanden als je und dass sich sein Land am Rande des Bürgerkrieges bewegte. Albert Luthuli hat in Südafrika nichts ausrichten können; die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn war eine Geste, um seinen Mut zu belohnen und die Welt auf die Apartheid aufmerksam zu machen. Die Bemühungen um den Frieden in der Welt hatte keinen Bestand. Immer wieder siegte die Gewalt, und in der gegenwärtigen Weltpolitik scheint sie geradezu zum Prinzip erhoben. Was vermögen dagegen noch so eindringliche Worte, was vermögen Demonstrationen, Friedensmärsche? Der Preis für den Frieden ist hoch.

Wie ist die Welt doch paradox. Während in Oslo das Komitee keinen Würdigen fand, trat Friedensnobelpreisträger Luther King im Staate Alabama eine Gefängnisstrafe an. Er wird arretiert, weil er gegen die Gewalt kämpft, für den Frieden!

«Wiedergeburt der deutschen Nation»

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hielt in Hannover ihren Parteitag ab. Vor Jahresfrist glaubte man das Ende dieser neonazistischen Partei gekommen, als sie sich in Führungskämpfen selber zerfleischte. Aber es war ein Trugschluss, der neue Adolf, Adolf von Thadden, der eigentliche Kopf oder Führer der Partei, entledigte sich nur der vorgeschobenen Strohmänner, um die Partei selber in die Hand zu bekommen. Und in Hannover liess er sich zum Vorsitzenden wählen, niemand sprach mehr von Auflösung, sondern der für diese Ewiggestrigen, für diese Superkleinbürger typische Jargon wurde gesprochen.

Die Partei legte ein Programm vor in der sattsam bekannten widerlichen Sprache. Die NPD betrachtet sich als «Sammelbecken für die Wiedergeburt der deutschen Nation» und bekennt sich zum «gemeinsamen Bluterbe». Die NPD appelliert in bekannt gefährlicher Weise an Stimmungen und Gefühle. Sie ist «gegen alles Fremde», gegen fremde Arbeitskräfte, gegen die Amerikaner, gegen die Nato und für den Aufbau einer rein nationalen Verteidigung. Das deutsche Volk muss aus seinem «nationalen Tiefschlaf aufgerüttelt» werden und den «nationalen Notstand» überwinden. Wer sich mit dem geteilten Deutschland abfindet und ehemaligen deutschen Boden preisgibt, begeht «Volksverrat». Diese «Volksverräter» sind schuld, wenn eine «österreichische Nation erfunden» werden kann, die die Südtiroler «ihrem Schicksal» überlässt. Diese Kostproben mögen genügen, sie zeigen auf, wes Geistes Kind diese Partei ist. Es sind die Ewiggestrigen, die alles Bestehende verneinen, die Superspiesser, die ihre Minderwertigkeitskomplexe durch Aufwertung des Nationalen zu überwinden suchen.

Die NPD bemüht sich, die demokratischen Spielregeln zu beachten, um sich nicht ein Verbot einzuhandeln. Denn die andern Parteien beobachten die NPD mit Argusaugen, um in ihrer Suppe ein Haar der Verfassungswidrigkeit zu finden. Mit einem Verbot oder mit Totschweigen lässt sich die NPD nicht mehr beseitigen. Die deutsche Presse hat zwar versucht, den Parteitag von Hannover zu übersehen, aber im Ausland fand er die nötige Beachtung. Die NPD ist zwar auch den deutschen demokratischen Parteien peinlich, aber ein Rezept dagegen haben sie noch nicht gefunden. Der Rückgang der Konjunktur hat der NPD neuen Auftrieb gegeben; durch den Zerfall der FPD ist sie erst recht das Sammelbecken der Meckerer und Unzufriedenen geworden. Durch ihr Programm, allerdings durch andern Wortlaut, ist sie in die Nähe des rechten Flügels der CDU und vor allem der CSU gerückt.

Weil schon einmal war, was die NPD bringen könnte, ist die Partei besonders peinlich. Sie muss ernstgenommen werden, aber man muss ihr sachlich begegnen, das heisst sie an den Wurzeln packen. Die Ursachen, dass überhaupt eine solche Partei wieder so gross werden konnte, müssen beseitigt werden. Eine Hauptursache ist, dass sich das demokratische System noch lange nicht in allen deutschen Köpfen etablieren konnte. Rechtsextremisten, Ewiggestrige wird es immer geben, in Deutschland und anderswo. Man kann das Problem nicht durch ein Verbot lösen, auch nicht durch eine Änderung des Wahlsystems.

Nach den Erfolgen in allen Länderwahlen und mit anhaltendem Trend könnte die NPD in der Bundestagswahl von 1968 8 bis 10 Prozent der Stimmen oder 40 bis 60 Sitze machen. Und das ist schon beachtlich, das stellt eine Macht im Staate dar. Das kann nur verhindert werden, wenn die CDU und CSU zur NPD einen klaren Trennungsstrich ziehen. Es sollte zum Programm der Grossen Koalition gehören, nach rechts ein wachsames Auge zu haben und der Partei den Boden zu entziehen, damit sie nicht zu einer ernsthaften Gefahr wird. Dass sie zu einer Gefahr werden könnte, ist nun offensichtlich geworden. Diese Gefahr zu bannen, hat nicht nur die Bundesrepublik ein Interesse, sondern alle Europäer, die von den verstaubten Parolen der NPD-Reaktionäre angewidert sind und an eine gemeinsame europäische Zukunft glauben.

Otto Schmidt

Literatur

Emil J. Walter: Soziologie der Alten Eidgenossenschaft

Eine Analyse ihrer Sozial- und Berufsstruktur von der Reformation bis zur Französischen Revolution, Francke Verlag, Bern, 1966, 304 Seiten.

In seinem Werk geht es Walter um die Analyse der Sozial- und Berufsstruktur der Alten Eidgenossenschaft. Die vorliegende Untersuchung ist herausgewachsen aus der Beschäftigung mit den «Sozialen Grundlagen der Entwicklung der Naturwissenschaften in der alten Schweiz». Bei der Materialsammlung entdeckte der Verfasser «in Staats- und Lokalarchiven, in kantonalen und lokalen Bibliotheken in breiter Streuung derart umfangreiches, bisher in soziologischer Sicht kaum ausgewertetes Material, dass der Plan nahe lag, es im Sinne einer «Soziologie der Alten Schweiz vom 16. bis zum 18. Jahrhundert» zu erarbeiten». Nach den Angaben des Verfassers ist die vorliegende Arbeit als ein erster Versuch zu werten, die schweizerische Vergangenheit soziologisch zu analysieren. Das stark statistisch, auf Bevölkerungszahlen und Vermögensgrössen ausgerichtete Werk befasst sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Dörfer und Städte der Schweiz, mit ihrer Altersgliederung, ihrer Berufs- und Familienstruktur.